Nr. 109 19. Jahrg. Sonnabend, 15. Mai 1920

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Fernsprecher 21 366
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14 797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit illustr. Beilage 10,20 M, Ausgabe B 9,45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10,65 M, Ausgabe B 9,90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 13 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1,40 M, im Reklameteil 3,50 M. Familien-Anzeigen 1,80 M.— Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Der Fall Erzberger im Reichsausschuß

Von Chefredakteur Paul Heßlein.

Am Sonnabend den 17. April d. J. trat der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei zu einer Beratung zusammen, die drei Tage dauerte. Als wir am Sonnabend nach Hause gingen, stellte ich die Frage, ob das, was an diesem Nachmittag im Fraktionszimmer des Zentrums im Reichstage verhandelt worden ist, auch wirklich geheim gehalten würde. Ich beantwortete gleich die Frage selbst und zwar mit einem glatten Nein. Damit soll und darf keinem einzigen derjenigen, die an der bedeutsamen Sitzung teilgenommen haben, ein Vorwurf gemacht werden. Aber auf Grund der Erfahrungen, die früher schon bei den Verhandlungen des Augustinusvereins zur Pflege der Zentrumspresse mit den Parlamentariern öfters gemacht wurden, konnte man die Frage, ob auch diesmal etwas nach außen durchsickern würde, mit Ja beantworten. Denn Unvorsichtige gibt es selbstverständlich überall. Es wird dann das eine oder andere draußen im Lande vertraulich weitererzählt, und es ist ja schließlich auch Pflicht der Teilnehmer an solchen Beratungen, die führenden Persönlichkeiten im Lande zu unterrichten von den Vorgängen in Berlin. So kommt eben eines zum anderen. Schließlich hört ein findiger Journalist etwas läuten und kombiniert daraus den „authentischen Sachverhalt", den er dann durch eigenen Drahtbericht über Köln dem deutschnationalen „Berliner Lokalanzeiger" zukommen läßt. Mit Recht sagt die „Kölnische Volkszeitung", es sei sehr bedauerlich, daß wieder einmal der vertrauliche Charakter solcher interner Verhandlungen nicht gewahrt wurde. Und das Blatt betont weiter, daß der „Lokalanzeiger" sich in dem einen oder anderen Punkte eine Richtigstellung gefallen lassen müsse. Den sogenannten authentischen Bericht des alldeutschen „Berliner Lokalanzeigers" kann man dahin charakterisieren, daß man ihm die Ueberschrift gibt: Dichtung und Wahrheit. Denn beides ist dort miteinander vermischt. Nachdem aber die Dinge soweit gediehen sind, muß auch mit aller Offenheit und Klarheit darüber gesprochen werden. Amtlich ging bereits durch die Presse die Meldung, daß der Reichsausschuß den Abgeordneten und früheren Reichsfinanzminister Erzberger aus der Partei ausgeschlossen habe. Diese Behauptung wurde von verschiedenen Seiten widerrufen, auch von mir. Von einem Ausschluß Erzbergers hat auch tatsächlich bei den Reichsausschußverhandlungen niemand gesprochen, es ist von keiner Seite ein dahingehender Antrag gestellt worden, und es konnte bisher ein solcher Beschluß gar nicht gefaßt werden. Es kann natürlich hier nicht ein eingehender Bericht über die Verhandlungen des Reichsausschusses gegeben werden. Richtig ist so viel, daß der Reichsausschuß mit überwiegender Mehrheit beschlossen hat, an den Abgeordneten Erzberger mit der Bitte heranzutreten, das gewiß große Opfer zu bringen, und von einer vorläufigen Wiederaufstellung Abstand zu nehmen. Es ist nicht richtig, daß nur ein Badener und ein Württemberger für Erzberger gesprochen haben. Es haben eine Reihe von Mitgliedern des Reichsausschusses dafür gesprochen, die dann trotzdem dem Beschlusse zugestimmt haben, nicht etwa aus Animosität gegen Erzberger, dessen große Verdienste um die Partei von allen Seiten restlos anerkannt wurden, sondern aus Erwägungen heraus, die ja klar zutage liegen; man war bei diesem Beschluß von der Erwägung geleitet, einmal vor allem den Kölner Quertreibern den Wind aus den Segeln zu nehmen, dann aber weiter die Verhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei wegen Wiedervereinigung mit dem Zentrum nicht zu stören. Mehr darüber zu sagen, steht mir nicht zu, aber es soll betont werden, daß an ein dauerndes Fernbleiben Erzbergers niemand gedacht hat. Es wurde auch kein Zweifel darüber gelassen, daß, abgesehen von der Württembergischen Zentrumspartei, die letzte Entscheidung darüber bei Herrn Erzberger selbst liegen würde. In dem Berichte des „Berliner Lokalanzeigers" ist unter anderem auch erwähnt, daß Reichsgerichtsrat Burlage sich gegen Erzberger gewandt hat. Ich möchte dazu nur bemerken, daß auch hier Wahrheit und Dichtung miteinander verquickt sind. Der in der ganzen Zentrumswählerschaft Sachsens mit Recht so hochverehrte Abgeordnete Burlage hat zu Beginn der Verhandlungen in seiner Eigenschaft als stellvertretender Fraktionsvorsitzender ein Referat über den Prozeß Erzberger vom juristischen Standpunkte aus erstattet, vollständig objektiv und in jeder Hinsicht formvollendet.

Das alles aber ist nicht der Kernpunkt des „authentischen Sachverhaltes" im „Berliner Lokalanzeiger". Ich habe den Eindruck, daß man nicht mehr und nicht weniger beabsichtigt, als von rechtsstehender Seite die Ausführungen des Präsidenten Fehrenbach zu einem Hauptschlager im Wahlkampf gegen das Zentrum zu benutzen. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger" hätte Fehrenbach durchblicken lassen, „daß wir ohne Erzberger wahrscheinlich im Jahre 1917 einen annehmbaren Frieden bekommen hätten", und es wird weiter behauptet, daß Fehrenbach „das unehrliche Spiel Erzbergers anläßlich der Friedensresolution im Jahre 1917" aufgedeckt hat. Davon kann keine Rede sein. Fehrenbach hat weder von einem unehrlichen Spiel Erzbergers gesprochen, noch hat er erklärt, daß wir ohne Erzberger wahrscheinlich im Jahre 1917 einen annehmbaren Frieden bekommen hätten. Die Frage, die im Reichsausschusse bei dieser Gelegenheit erörtert worden ist, war lediglich die, ob es klug gewesen ist, im Juli 1917 Bethmann-Hollweg zu stürzen, ohne zu wissen, wer sein Nachfolger würde. Von den rechtsstehenden Parteien kann die Angelegenheit meines Erachtens nicht zu ihrem gunsten ausgebeutet werden, ganz im Gegenteil; denn wenn man Erzberger etwas zum Vorwurf machen kann, dann ist es höchstens dies, daß er anscheinend — unvorsichtig, wie er leider öfters war — dem nationalliberalen Herrn Stresemann ins Netz gegangen ist. Und dieser, sowie die alldeutschen Herren wollten allerdings auch Herrn von Bethmann-Hollweg stürzen, nicht aber um eines Verständigungsfriedens willen, sondern um dem Kaiser einen ihnen genehmen Herrn zu präsentieren, den sie dann in der Person des Herrn Dr. Michaelis gefunden zu haben glaubten. Von anderer Seite wurde aber auch im Reichsausschuß betont, daß Herr von Bethmann-Hollweg kaum die Kraft besessen hätte, den Verständigungsfrieden durchzuführen. Jedenfalls hat Fehrenbach weder von einem unehrlichen Spiel Erzbergers, noch davon gesprochen, daß wir ohne Erzberger wahrscheinlich damals einen annehmbaren Frieden bekommen hätten. Fehrenbach hat vielmehr seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß durch die alldeutschen Treibereien die Friedensmöglichkeiten bereits im Jahre 1916 vereitelt worden seien. Weiter werden dem Abgeordneten und Präsidenten Fehrenbach folgende Worte im „Berliner Lokalanzeiger" in den Mund gelegt: „Seit Jahren ist Erzberger der Kopf der Fraktion gewesen, die übrigen Abgeordneten aber willenlose Glieder." Diese Behauptung ist unwahr. Wohl hat Fehrenbach auf den großen Einfluß Erzberger im politischen Leben hingewiesen, aber die Worte, die im „Lokalanzeiger" wiedergegeben sind, hat er selbstverständlich nicht gebraucht, da er ja sonst selbst sich als willenloses Glied hätte bezeichnen müssen. Wer Herrn Fehrenbach nur etwas kennt, weiß, daß er alles andere als ein willenloses Glied, daß er vielmehr ein Mann von außerordentlicher Tatkraft ist.

Wir haben es bei dem Berichte im „Berliner Lokalanzeiger", wie schon angedeutet, mit einer Wahlmache ersten Ranges zu tun. Das beweisen auch vor allem die Kommentare in einer Reihe rechtsstehender Blätter. Wie weit diese Brunnenvergiftung geht, zeigt vor allem die Bemerkung der Schriftleitung eines rechtsstehenden Dresdner Vorortblättchens, das fordert, Erzberger müsse auf Grund der Mitteilungen Fehrenbachs des Landesverrates angeklagt werden. Wenn solche Ergüsse auch Wahnsinn sind, so liegt doch darin Methode. Dem Blättchen und allen anderen, welche den sogenannten „authentischen Sachverhalt" zu einem Feldzug gegen das Zentrum benutzen möchten, sei nur in Erinnerung gebracht, daß es die Freikonservative „Post" vom 18. November 1918 war, welche behauptet hat, General Ludendorff habe „ein ganzes Volk dem Unglück und der Schande überliefert". Wir machen uns dieses Urteil des rechtsstehenden Blattes nicht zu eigen, ebensowenig wie das des deutschnationalen Reichstagskandidaten Professor Hölsch vom 13. November 1918 in der „Kreuzzeitung", in dem es hieß, „die militärische Leitung hat, ohne jede politische Bestimmung und in Unterschätzung unserer Feinde geglaubt, den zerschmetternden Sieg nach allen Seiten erfechten zu können. So ging der Krieg verloren und begrub in seinem Ausgang den deutschen Kaiserstaat unter seinen Trümmern".

Er erscheint mir jedenfalls gut, solche Auslassungen heute allzu Vergeßlichen wieder in Erinnerung zu bringen. Vielleicht kommen dadurch doch manche zu der Erkenntnis, daß es ratsam erscheint, mit Forderungen auf Anklage wegen Landesverrates gegen Erzberger etwas vorsichtiger zu sein. Die Verhandlungen im Reichsausschuß bieten dazu jedenfalls nicht die geringste Handhabe, und es wird dafür Sorge getragen werden, daß die Gegner des Zentrums an dem „authentischen Sachverhalt" des „Berliner Lokalanzeigers" nicht allzu viel Freude erleben.

Zentrum und Handwerk

Der Nordwestdeutsche Handwerkerbund in Hannover hat an die verschiedenen politischen Parteien eine Anfrage über ihre Stellung gegenüber den Forderungen des Handwerkerbundes gerichtet und letztere in einem „Handwerkerprogramm" zusammengefaßt. Die Zentrumspartei hat dem Bunde auf diese Anfrage durch das Landessekretariat folgende, von dem Abgeordneten Eßer verfaßte Erklärung zugehen lassen:

Die Zentrumspartei hat der Erhaltung und Förderung eines lebenskräftigen Handwerks von jeher das größte Interesse gezeigt und diese wohlwollende Stellungnahme praktisch bewiesen. Der erste parlamentarische Anstoß zum gesetzlichen Schutze des Handwerkes in Form eines Antrages ging von der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages aus (Antrag Galen 1877). Das Reichstags-Zentrum nahm ebenfalls zuerst einen praktischen Handwerker in seine Fraktion auf (Euler 1890), der bei der Vorbereitung des Handwerker-Schutzgesetzes wertvolle Mitarbeit leistete. Der modernen Gewerbeförderung wies der bekannte Antrag Trimborn (1902) die noch heute geltenden bewährten Wege.

Dieses Verhältnis der Zentrumspartei zum Handwerk hat sich bis in die heutige Zeit, auch nach der Revolution, nicht geändert. Die Macht der politischen Verhältnisse brachte es aber mit sich, daß die Partei mehr Nachdruck auf die Abwehr der dem Handwerk drohenden Schädigungen, als auf die traditionelle positive Arbeit zum Wohle des Handwerkes legen mußte. Was die Politik des Zentrums im neuen Deutschland auf diesem Gebiete im Interesse des Handwerkes geleistet hat, kann nicht hoch genug bewertet werden. Wenn der Mehrheitssozialist Heilmann am 27. April 1920 in der preußischen Landesversammlung mit Bedauern feststellen mußte, „daß wir in der Sozialisierung nicht über die Anfänge hinausgekommen sind", so ist das unzweifelhaft zum großen Teile eine Wirkung der Mitarbeit des Zentrums in der Koalitionsregierung.

Aber auch positiv hat das Zentrum in den Parlamenten auch seit der Revolution sehr viel im Interesse des Handwerkes getan. Bei den Anfragen und Anträgen nach dieser Richtung hin, sowohl in der Deutschen Nationalversammlung als auch in der preußischen Landesversammlung, stehen die Zentrumsfraktionen mit an erster Stelle. Das Zentrum stellte für den sechsten Ausschuß der Nationalversammlung, von denen fast alle handwerksfreundlichen Maßnahmen des Reiches, u. a. auch die den Wünschen des Handwerkes in weitestem Maße gerecht werdende Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates ausgingen, den Vorsitzenden in der Person des Abgeordneten Dr. Brauns.

In der preußischen Landesversammlung trat für alle von den fünf Handwerksvertretern ausgehenden Anträge zur Förderung des Handwerkes die gesamte Fraktion einschließlich der Arbeitervertreter stets geschlossen ein. In einem dieser Anträge, der auch vom Plenum der Landesversammlung angenommen worden ist, wird klar und deutlich gefordert, daß „die Sozialisierung und Kommunalisierung von Handwerksbetrieben abzulehnen ist, da dadurch zahlreiche für die Volksgesamtheit in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht unentbehrliche selbständige Existenzen ausgeschaltet werden". Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Staatssekretär a. D. Trimborn, den man fälschlich eine andere Auffassung in dieser Lebensfrage des Handwerkes zu unterschieben versucht hat, bezeichnete auf dem Reichsparteitage diesen Beschluß der Landtagsfraktion als hochbedeutsam und beachtenswert. Er ist maßgebend für die Haltung der ganzen Partei.

Die gesamte Stellungnahme des Zentrums gegenüber den berechtigten Forderungen des Handwerkes in der Vergangenheit und der Gegenwart entspricht daher durchaus den am 15. April 1920 in Hannover aufgestellten Richtlinien für das nordwestdeutsche Handwerkerprogramm.

Reichskanzler Müller über Deutschlands auswärtige Politik

Die „Gazetta del Popolo" in Turin veröffentlicht ein Interview ihres Sonderberichterstatters D'Orazio Pedrazzi mit dem Reichskanzler Müller. Auf die Frage, welche Folgen die Besetzung Frankfurts und Umgebung durch französische Truppen für Deutschland nach sich zögen, antwortete der Reichskanzler: „Frankreich hätte der deutschen Regierung zweifellos einen Vorwurf machen können, wenn sie durch untätiges Zuschauen den Herd der Unruhen im Ruhrgebiet sich hätte noch weiter ausdehnen und damit die Unterbrechung der Produktion und der Lieferungen für längere Zeit und im weiteren Umfange hätte Platz greifen lassen, nicht aber dafür, daß sie einschritt. Die schnelle Herstellung von Ruhe und Ordnung aber lag ebensosehr im Interesse von Deutschland wie im Interesse von Frankreich und der anderen Länder, die aus Deutschland Kohlenlieferungen erhalten. Dies als eine Verletzung des Vertrages oder gar als eine Bedrohung Frankreichs auslegen zu wollen, erscheint wohl widersinnig. Die Besetzung Frankfurts, Darmstadts und ihrer Nachbarstädte durch die Franzosen war eine schwere Schädigung für uns, erstens wegen ihrer außerordentlich großen materiellen Nachteile für Deutschland, zweitens aber, weil sie uns zeigte, wie außerordentlich groß auch jetzt nach Inkrafttreten des Friedens für Deutschland die Unsicherheit bleibt, wie wenig uns der ehrlichste Wille zur Erfüllung des Friedensvertrages vor Uebertretung seiner Bestimmungen von anderer Seite sichert. Damit ist für die weitere Entwicklung ein neuer Faktor der Unsicherheit geschaffen, der die Wiederherstellung unserer Wirtschaft und die Gesundung unserer inneren Politik aufs äußerste erschweren muß. Die materiellen Nachteile, die die Besetzung Frankfurts und seiner Umgebung mit sich bringt, wird jeder begreifen, der die Bedeutung Frankfurts als Großhandels- und Börsenplatz, sowie als Zentrum des wirtschaftlichen Verkehrs des deutschen Südwestens kennt. Das Ehrgefühl des deutschen Volkes wurde durch die formlose, nicht achtende Art, mit der Frankreich über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinweggeht, und älteste deutsches Kulturland mit seinen Kolonialtruppen besetzte, aufs schwerste verletzt. Schon da, wo der Frieden dem Rechtsboden dafür gibt, wird die Besetzung als eine schwere Last empfunden. Unerträglich aber erscheint sie dem Volke dort, wo sie nicht mehr als eine Maßnahme erscheint, deren rechtliche Durchführung von allen Unterzeichnern des Friedensvertrages garantiert wird, sondern als Willkür einer fremden Macht auftritt. Die inneren Schwierigkeiten, die dem Reich durch die Besetzung Frankfurts entstehen, sind Ihnen wohl aus den Erfahrungen Ihres hiesigen Aufenthaltes bekannt."

Auf die Frage, wie der Reichskanzler über die Politik Italiens gegen Deutschland denke, sagte der Reichskanzler: „Die Politik, die Italien in letzter Zeit uns gegenüber verfolgt hat, ist zweifellos eine freundliche gewesen und der Wiederanknüpfung guter Beziehungen sehr förderlich. Insbesondere das Verhalten Ihres Ministerpräsidenten auf der letzten Londoner Konferenz sowie gegenüber dem französischen Einmarsch, endlich seine Erklärungen in der Kammer beweisen seine staatsmännische Einsicht und seine richtige Erkenntnis der Lage. Wir werden unserseits das Mögliche tun, die guten Beziehungen zu Ihrem Lande zu fördern."

Auf die Frage, wie die Beziehungen zu Rußland und Polen sich gestalten würden, erwiderte der Reichskanzler: „Es ist unser Wunsch und unsere Hoffnung, daß unsere Beziehungen zu Rußland wie zu allen Völkern sich freundschaftlich gestalten mögen. Ebenso wünschen wir gute Beziehungen zu Polen. In der Frage des Korridors setzt sich die polnische Regierung über die klaren Vertragsbestimmungen vollständig hinweg. Sie begreifen, daß es für uns eine lebenswichtige Frage ist, daß, nachdem durch die Errichtung des Korridors ein für die Ernährung Deutschlands sehr wichtiger Teil des Landes abgetrennt wurde, der Verkehr zwischen beiden Reichsteilen über diesen Strich möglichst ungehindert vor sich gehe. Statt dessen werden die Reisenden wie der wirtschaftliche Verkehr allen möglichen Schikanen unterworfen. Wir wollen indessen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die polnische Regierung erkennen wird, daß sie mit ihrer gegenwärtigen Politik nicht nur uns, sondern zuletzt auch sich selbst schädigt."

SLUB
Wir führen Wissen.